

Formular für Initiativ-Vorschläge 2021

Für die Mitgliederversammlung vom
14. November 2020 online

Anforderungen für neue Initiativ-Ideen:

Minimum 3 Personen aus 3 unterschiedlichen Sektionen, idealerweise aus zwei Sprachregionen:

Jasmin Bärtschi ZH, Raphael Wyss BE, Deborah Meili TI, Dominik Waser ZH,
Andréa Savoy, VS

A. Der Vorschlag

1. Thema der initiative (Zutreffendes Thema unterstreichen)

Wirtschaft, Gesellschaft, Nachhaltigkeit

2. Vorschlag Titel (max 1 Zeile)

Wirtschaft für ein gutes Leben von Mensch und Natur

3. Beschreibung des Initiativ-Vorschlages (max. 2500 Zeichen, Abstände mit einbegriffen)

Unsere westliche Konsumgesellschaft basiert auf einem ausbeuterischen und ungerechten Wirtschaftssystem, dessen grundlegende Mechanismen und Ziele nicht mehr den menschlichen Bedürfnissen dienen und die Erhaltung der Natur nicht mehr gewährleisten. Stattdessen ermöglicht die heutige Wirtschaft einigen wenigen unsäglichen Reichtum - auf Kosten von Mensch und Natur. Dieses Paradigma unserer westlichen Gesellschaft muss dringend erneuert werden. Denn es führt dazu, dass wir die ökologischen Belastungsgrenzen dieses Planeten mehr und mehr überschreiten (Klimakrise, Biodiversitätsverlust und biochemische Kreisläufe), während Millionen Menschen in allen Teilen der Welt die Erfüllung der grundlegendsten menschlichen Bedürfnissen verwehrt bleibt.

Was wir also brauchen ist ein Paradigmenwechsel. Weg vom ewigen Wachstum und Ausbeutung hin zu einer Wirtschaft, die sich an einem guten Leben für Mensch und Natur orientiert. Wir wollen zurück zur Ökonomie als

“Haushalt”, welche den sorgfältigen Umgang und die gerechte Verteilung der Güter und Dienstleistungen als Ziel hat. Wir fordern ein Wirtschaftssystem, das die Grundbedürfnisse aller Menschen deckt und ihnen ein gutes und würdevolles Leben ermöglicht. Dieses Wirtschaftssystem respektiert die planetaren Belastungsgrenzen und sorgt dafür, dass auch zukünftige Generationen noch eine lebenswerte Welt vorfinden können.

Wir möchten mit unserer Initiative die drängendsten Probleme unsere Zeit angehen: Die wirtschaftliche Ungleichheit, Klima- und Biodiversitätskrise, der fehlende Respekt vor der Natur sowie der Wachstumszwang unserer heutigen Wirtschaft. Packen wir das Problem bei den Wurzeln und verabschieden wir uns vom Paradigma des ewigen Wachstums. Dies erlaubt es uns, ein neues Narrativ zu zeichnen: Dieses Bild eines anderen, ökologischen und sozialen Wirtschaftssystems kann endlich die nötige Debatte in der Bevölkerung anstossen und viele Menschen mitreißen, mit uns zu kämpfen.

Kurz gesagt: Die Initiative fordert eine Wirtschaft und Gesellschaft, die innerhalb der planetaren Belastungsgrenzen funktionieren und allen Menschen und der Natur ein Recht auf ein selbstbestimmtes, solidarisches und damit würdevolles und gutes Leben zusichern. Zur Erreichung dieses Ziels werden Nachhaltigkeitsräte geschaffen und der Natur verfassungsmässige Rechte zugestanden.

Begriffe/Konzepte:

Planetary Boundaries: Das Konzept der «Planetaren Grenzen» stammt aus den Erdwissenschaften. Es umfasst insgesamt neun ökologische Bereiche, in denen kritische Kippunkte erreicht werden könnten: Punkte, nach deren Überschreiten das Ökosystem der Erde kollabieren würde. Das Konzept der Planetaren Grenzen beruht auf wissenschaftlichen Modellrechnungen und versucht, einen bestimmten erdgeschichtlichen Zustand zu bewahren, der für die Spezies Mensch als günstig angesehen wird. Es definiert gewisse Grenzen, innerhalb derer der Handlungsspielraum wissenschaftlich als sicher angesehen wird.

Buen vivir: *Das Konzept des Buen Vivir stellt das zeitgenössische Verständnis von Entwicklung grundlegend infrage, insbesondere seine zentrale Ausrichtung auf wirtschaftliches Wachstum. Das Ziel ist eine selbstbestimmte Lebensweise. Genauer gesagt soll das Leben der Menschen nicht durch Staat oder Wirtschaft bestimmt sein. Es geht um Befreiung zu mehr Selbstbestimmung und Emanzipation. Damit impliziert das Konzept eine fundamentale Kritik an der Unfähigkeit des herrschenden*

Entwicklungsbegriffs und der daraus resultierenden politischen Praxis und präsentiert gleichzeitig eine Alternative.

4. Prägnante Beschreibung des Initiativvorschlages (max. 400 Zeichen)

Die Initiative fordert eine Wirtschaft und Gesellschaft, die innerhalb der planetaren Belastungsgrenzen ([Planetary Boundaries](#)) funktionieren und allen Menschen und der Natur ein Recht auf ein selbstbestimmtes, solidarisches und damit würdevolles und gutes Leben ([Buen vivir](#)) zusichern. Zur Erreichung dieses Ziels werden Nachhaltigkeitsräte geschaffen und der Natur verfassungsmässige Rechte zugestanden.

5. Bedeutung für die JGS

Die Jungen Grünen verstehen sich als eine politische Bewegung, welche sich für eine soziale und ökologische Zukunft einsetzt. Wir setzen uns für eine radikale und konsequente Transformation der Gesellschaft und der Wirtschaft ein. Um diesen Worten gerecht zu werden, müssen in der heutigen Situation verschiedener Krisen endlich die Wurzeln der Probleme unserer Zeit angesprochen werden. Dabei reichen schrittweise Änderungen nicht mehr aus. Vielmehr müssen wir die grundlegenden Mechanismen, welche uns in diese Situation der tragischen Ausbeutung von Mensch und Natur gebracht hat, beim Namen nennen. Die Erzählung vom ewigen Wachstum darf nicht länger hingenommen werden. Wir Jungen Grünen sind mehr denn je gefordert, eine breite Debatte rund um unsere Art des Wirtschaftens und unser Gesellschafts-Narrativ in der Bevölkerung anzustossen. In dem vom Klimastreik und anderen sozialen Bewegungen geschaffenen Momentum ist die Zeit gekommen, die tiefer liegenden Gründe der heutigen Krisen anzusprechen. Den Jungen Grünen kommt eine Schlüsselrolle zu - nehmen wir sie wahr! Damit haben wir die Möglichkeit, immer grössere Teile der Bevölkerung mit unseren Ideen zu erreichen und gleichzeitig für eine wirklich grüne Politik einzustehen.

Die Idee dieser Initiative gibt uns zudem die Chance, sehr viele verschiedene Themen anzusprechen und miteinander zu verbinden - und das in einer einfachen und positiven Erzählung.

6. Beziehungen mit den Positionen der Partei und vorherigen Projekten

Dieser Initiativvorschlag beinhaltet verschiedene Themen wie Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt und Soziales. Gleichzeitig ist er radikal und utopisch, da er einen grundlegenden Paradigmenwechsel fordert und einen konsequenten Wandel unseres Gesellschafts- und Wirtschaftssystems anstrebt. Durch die Wachstumskritik führt die Initiative

zurück bis an die Anfänge der Grünen Bewegung und ist somit Kern einer junggrünen Politik!

Mit dem Konzept der planetaren Belastungsgrenzen werden alle Bereiche "Umwelt" des Parteiprogramms angesprochen. Weiter werden mit der Initiative wirtschaftliche Themen wie der Abschnitt "Ökologischer Umbau der Wirtschaft", "Arbeit" oder "Demokratische Wirtschaft" thematisiert. Der soziale Teil der Initiative ist, dass die Wirtschaft allen Menschen (weltweit) ein gutes Leben (buen vivir) ermöglichen muss. Eine inklusive Bildung für alle Schüler*innen, ein garantierter Zugang zur medizinischen Grundversorgung für alle und bezahlbarer Wohnraum sind Forderungen, welche wir im Kapitel "Soziales" stellen, und auch durch die Initiative gefordert werden.

"Mit dem Wissen um die Ressourcenendlichkeit auf unserer Erde darf das ungebremsste Wachstum kein Ziel der Schweizer Volkswirtschaft sein, sondern muss zugunsten eines sozialverträglichen und ökologischen Systems abgelöst werden", schreiben wir im Positionspapier zur Globalisierung. Dies ist die Essenz unserer Initiative.

7. Mobilisation der Mitglieder

Das Thema Nachhaltigkeit, die Klimakrise oder die Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem ist für viele Mitglieder der Grund, wieso sie den Jungen Grünen beigetreten sind. Mit unserer Initiative packen wir genau diese miteinander so eng verbundenen Themen an und werden so viele Mitglieder begeistern und mitreissen können. Zudem sind die Jungen Grünen eine antikapitalistische Jungpartei. Soziale Gerechtigkeit ist für uns ein wichtiges Thema. Schaffen wir es, diese Themen mit den wohl dringendsten Krisen unserer Zeit - den Klima- und Biodiversitätskrisen sowie der Krise der sozialen Ungleichheit - zu verbinden, sind wir auf gutem Weg, dass diese Initiative die Positionen der Jungen Grünen mitten in die gesellschaftliche Debatte bringt. Mit dieser Initiative vereinen wir erfolgreich die verschiedenen Positionen in der Partei hinter einem gemeinsamen utopischen Ziel.

C. Politische Aktualität

8. Aktualität

Klima/Umwelt

Umweltthemen sind mit der Klimabewegung wieder zuoberst auf der politischen Agenda angekommen. Der Klimastreik fordert Netto Null CO2 bis 2030, aber auch "etablierte" Akteure wie der Bundesrat sind mittlerweile für Netto Null bis 2050 (u.a. dank der Gletscherinitiative). Diese Verschiebung des Overtone-Window ist der Klimabewegung zu

verdanken. So haben wir auch eine Mehrheit für ein CO₂-Gesetz. Allerdings ist dieses Gesetz in allen Hinsichten unzulänglich. Noch immer ist die Schweiz nicht auf Kurs, das Pariser Abkommen, geschweige denn das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Mit dem Ansatz der planetaren Belastungsgrenzen gehen wir all diese Themen an, jedoch in einer ganzheitlichen Art und Weise. Schon drei (bald vier) der planetaren Belastungsgrenzen sind bereits überschritten.

Wirtschaft/Soziales

Die Corona-Krise hat aufgezeigt, wie instabil unser globales Wirtschaftssystem ist, welches auf privaten Profit und nicht Resilienz ausgerichtet ist. Gleichzeitig machen ein paar wenige Superreiche Milliardengewinne in dieser Krise, während andere ihre Existenz verlieren und nicht einmal mehr ihre Grundbedürfnisse decken können. Die aktuelle Situation zeigt also, dass das heutige Wirtschaftssystem nicht zukunftsfähig ist und wir es radikal umbauen müssen. So können wir gerade jetzt mit einer neuen Utopie einer gerechteren und ökologischeren Wirtschaft viele Menschen erreichen und Perspektiven schaffen. Die Kritik am wachstumsorientierten und ausbeuterischen kapitalistischen System wird immer lauter. Auch der Klimastreik hat verstanden, dass es mehr braucht als nur Klimaziele. "System change not climate change" ist der Slogan, welcher nun immer konkreter formuliert wird. Jetzt ist ein idealer Zeitpunkt, diese Debatte breiter auf die politische Ebene zu bringen. Auch gemeinsam mit den Aktivist*Innen der Klima- und Frauenstreikbewegung.

9. Politische Ziele des Vorschlags

Die Initiative will eine breite und tiefgreifende Debatte zu unserem vorherrschenden Wirtschaftssystem anstossen. Die politische Debatte soll aber auch dahin gelenkt werden, dass wir über Alternativen nachdenken und diskutieren. Durch das "beim Namen nennen" brechen wir auf der institutionellen Ebene das Schweigen rund um die Wachstumsfrage - denn sie muss dringend gestellt werden. Weiter wollen wir auch das Thema der Ungleichheit und der fehlenden Gerechtigkeit ansprechen: Alle Menschen müssen ihre Grundbedürfnisse erfüllen können. Mehr Konzernverantwortung reicht leider nicht. Wir wollen mit einer utopischen und radikalen Forderung die Debatte rund um die Wirtschaft und Gesellschaft der Zukunft prägen und zeigen, in welche Richtung die junge Generation gehen will. Gleichzeitig möchten wir den Link zur Klimakrise machen, um auch die Brücke zum Klimastreik bauen zu können. Wir sehen es als sehr wichtig an, dass die institutionelle Politik nicht ganz den "Anschluss" an die Bewegung verliert - die Jungen Grünen sind da die Richtigen.

10. Neuheit

Das neue an unserer Initiative ist, dass wir einen grundlegenden Paradigmenwechsel im Bereich der Wirtschaft anstreben. Bisherige Initiativen haben nur an kleinen Schraubchen gedreht - wir möchten die Wurzeln des Problems angehen, indem wir eine Wirtschaft für das gute Leben von Mensch und Natur entwickeln. Die zudem sehr neuen und radikalen Forderung nach verfassungsrechtlichen Grundrechten für die Natur und die Idee von Nachhaltigkeitsräten sind sehr utopisch, spannend und bringen uns in eine Position der Deutungshoheit.

D. Initiativtext

11. Initiativtext des Vorschlages

Der erste Entwurf des Initiativtextes ist mit der Bundesverfassung kompatibel

Art. 94 Grundsätze der Wirtschaftsordnung (bisheriger Artikel)

¹ Bund und Kantone halten sich an den Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit.

² Sie wahren die Interessen der schweizerischen Gesamtwirtschaft und tragen mit der privaten Wirtschaft zur Wohlfahrt und zur wirtschaftlichen Sicherheit der Bevölkerung bei.

³ Sie sorgen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für günstige Rahmenbedingungen für die private Wirtschaft.

⁴ Abweichungen vom Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit, insbesondere auch Massnahmen, die sich gegen den Wettbewerb richten, sind nur zulässig, wenn sie in der Bundesverfassung vorgesehen oder durch kantonale Regalrechte begründet sind.

→ wird ersetzt durch:

1. Bund, Kantone und Gemeinden streben eine Wirtschaft an, die innerhalb der planetaren Belastungsgrenzen stattfindet und das Führen eines selbstbestimmten und solidarischen guten Lebens für alle Menschen erlaubt.

2. Es werden auf allen politischen Ebenen demokratische Nachhaltigkeitsräte geschaffen, welche in die politische Entscheidungsfindung einbezogen werden und welche sicherstellen, dass die Ziele nach Abs. 1 verfolgt werden. In den Räten sind Expert*innen und Vertreter*innen aller relevanten Akteurguppen angemessen vertreten.

3. Der Bund definiert in Zusammenarbeit mit den Nachhaltigkeitsräten bestimmte Grundrechte der Natur. Es wird eine Beschwerdeinstanz geschaffen, bei welcher bei Nichteinhaltung der Ziele nach Abs. 1 und der Verletzung erstgenannter Rechte geklagt werden kann.

4. Zur Verwirklichung der Grundsätze nach Absatz 1 und 2 legt der Bund In enger Zusammenarbeit mit den Nachhaltigkeitsräten verbindliche mittel- und langfristige Ziele fest. Er verfasst alle zwei Jahre einen Bericht über den Stand der Zielerreichung.

5. Der Bund in Zusammenarbeit mit den Nachhaltigkeitsräten kann zur Förderung einer Wirtschaft für ein gutes Leben für Mensch und Natur namentlich:

Neuausrichtung von Bildung, Ausbildung, Forschung, Innovation und Vermarktung von Gütern und Dienstleistungen sowie Synergien zwischen wirtschaftlichen Aktivitäten fördern;

Vorschriften für Produktionsprozesse, Produkte und Abfälle sowie für das öffentliche Beschaffungswesen und den Finanzsektor erlassen;

Verbote für Tätigkeiten, wirtschaftliche Aktivitäten, insbesondere des Finanzsektors, Abfälle oder Produkte erlassen

Steuer-, geld-, investitions-, forschungs-, umwelt- und sozialpolitische Massnahmen ergreifen und so positive Anreize schaffen, welche durch eine zweckgebundene und haushaltsneutrale Lenkungssteuer auf den Verbrauch natürlicher oder übermässiger finanzieller Ressourcen finanziert werden kann

12. Welcher Artikel der Verfassung ist vom Vorschlag betroffen?

Art. 94 Grundsätze der Wirtschaftsordnung

13. Rechtswirksamkeit

Alle Forderungen der Initiative können rechtlich gültig definiert und formuliert werden. Einige Teile davon sind komplizierter, andere einfacher. Die Idee und ein erster Initiativtext-Vorschlag wurden mit einer renommierten Juristin besprochen - sie sieht viel Potential in der Idee.
